



Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Konstanz e.V.



Bürgerinitiative Schwarzwald-Baar-Kreis gegen Züricher Flugverkehrsbelastungen

P r e s s e m i t t e i l u n g

02.07.2013

zur Verabschiedung des SIL-Objektblattes als Rahmen für die bauliche und betriebliche Entwicklung des Flughafens Zürich durch den Berner Bundesrat am 26.06.2013.

Die Verabschiedung des SIL-Objektblattes durch den schweizerischen Bundesrat liefert nach der Ratifizierung des Staatsvertrages einen weiteren Beweis dafür, dass die Schweiz nicht daran denkt, an diesem für unsere Region desaströs ausgehandelten Staatsvertrag in ernsthaften Nachverhandlungen bzw. Neuverhandlungen substantiell etwas zu verändern. Dies ist ein weiterer unfreundlicher Akt gegenüber der süddeutschen Bevölkerung mit ihrem berechtigten Interesse, die Flugverkehrsbelastung über deutschem Hoheitsgebiet zu reduzieren. Seit der auf Druck der Landesgruppen und Mandatsträger Baden-Württembergs zustande gekommenen Sistierung des Ratifizierungsverfahrens, hat sich Minister Ramsauer weder eindeutig positioniert, noch haben wir ein Signal dafür, dass der Minister ernsthaft an den Erlass einer an die Stuttgarter Erklärung angepassten und längst überfälligen DVO noch in dieser Legislaturperiode interessiert ist, um so sein Versprechen einzulösen und unsere Interessen zu wahren.

Im Gegenteil: Das Vorgehen der Schweiz (Ratifizierung in beiden Kammern, jetziger Beschluss des Bundesrates) ist für uns nur so erklärbar, dass die Aussage der Schweizer Verkehrsministerin Doris Leuthardt: „Der Vertrag ist aus unserer Sicht hinreichend klar, und diese Meinung teilt auch das Bundesverkehrsministerium“ stimmt und die Grundhaltung unseres Ministers widerspiegelt. Die Bürgerinitiativen vermuten hinter dem Verhalten des Bundesverkehrsministers Dr. Ramsauer auch eine Verschleppungs-Abwicklungstaktik über die Bundestagswahl hinweg.

Wie weit die Schweiz in Ausnutzung der bisherigen Möglichkeiten und in Anpassung des Objektblattes an den Staatsvertrag bei der Flugroutenfestlegung zum Schutz ihrer eigenen Bevölkerung und zum Nachteil unserer Raumschaft zu gehen bereit ist, zeigt neben der „Anpassung des Objektblatt-Entwurfes aufgrund des Staatsvertrages vom 05.10.2012 nun endgültig der Beschluss des Bundesrates.

Die Konzeption z.B. des Ostkonzeptes erachten wir als Provokation. Durch Herabsetzung der Anflughöhen auf bis zu 1.600 m über Grund sowie Auflösung der in der Schweiz gelegenen Warteräume werden die Schutzzeiten völlig entwertet, in dem die aus Osten über den Bodensee kommenden Flugzeuge Zürich nicht direkt über Schweizer Gebiet, sondern in nordwestlicher Richtung erneut nach Deutschland und über die Landkreise Konstanz und Schwarzwald-Baar geführt werden.

Wir erwarten, dass die Landesregierung und vor allem das Bundesverkehrsministerium den Schweizer Vorstellungen eine klare Absage erteilt. Ansonsten steht zu befürchten, dass die DFS ihre bisher im Grunde nicht wahrgenommene Aufgabe, über unserem Territorium bei der Flugroutenfestlegung unsere Interessen zu vertreten, nicht ernst nimmt.

Für die BI SBK
Edwin Fluck

Für die BI Landkreis KN
Barbara Stroscher